



# Die Lanzen der Eroberer

Der geplante Bau von über 180 repräsentativen Moscheen in Deutschland mobilisiert rechte Fremdenfeinde, aber zunehmend auch liberale Kritiker. Sie fürchten die Entstehung gleichsam exterritorialer Trutzburgen und Propagandazentren einer totalitären Parallelgesellschaft.

s ging weder um den Bau einer Raketenstellung noch um ein neues Kernkraftwerk. Dennoch registrierte die Presse "Tumulte" in der Köln-Ehrenfelder Schulaula und sah das Publikum "in Rage" – fast so wie früher in Protestversammlungen gegen Atomraketen oder Atommeiler.

Obwohl sich die Empörung gegen den Bau einer Großmoschee im Viertel richtete, erinnerte auch die Wortwahl der Widersacher an alte Zeiten. "Die Minarette sehen ja aus wie Raketen", schimpfte eine Frau. Und ein Mann fühlte sich von der Kuppel des Gotteshauses "an ein Atomkraftwerk erinnert".

Missstimmung gegen geplante Moscheen wie in Köln verbreitet sich derzeit in Deutschland wie ein Flächenbrand – oft zur Verblüffung von Lokalpolitikern. Denn lange Zeit hatte die Einrichtung von muslimischen Gebetsräumen, überwiegend in unauffälligen Wohnhäusern, Ladenlokalen oder Hinterhöfen, kaum irgendwo Protest provoziert. Immer wieder aber fliegen nun Brandflaschen gegen Moscheen (wie im bayerischen Lauingen), pflanzen Christen Protestkreuze mit der Inschrift "Terra christiana est" auf Moscheeterrain (wie in Hannover), gehen Baulastwagen in Flammen auf (wie in Berlin-Pankow).

Und schon hat antiislamischer Bürgerprotest begonnen, in die Rathäuser zu schwappen – so wie in der Domstadt Köln, wo die extrem rechte Anti-Moschee-Initiative "Pro Köln" fünf Ratssitze erobert hat. Nun strebt die Gruppierung mit auswärtigen Mitstreitern, teils ebenfalls vom rechten Rand, einen bundesweiten Auftritt als "Pro Deutschland" an, nach dem Vorbild der Partei des 2002 ermordeten Holländers Pim Fortuyn.

Auch in Deutschland gebe es, glaubt jedenfalls der aus Surinam eingewanderte niederländische Trendforscher Adjiedj Bakas, "einen Markt für Ein-Themen-Parteien" dieser Art. Im Ruhrgebiet etwa findet schon eine "Wähler-Initiative Recklinghausen" (WIR) Resonanz, die sich gegen "schleichende Isla-



### **PFLICHTERFÜLLUNG**

Muslime beten auf dem Gehsteig vor einer Moschee im Berliner Bezirk Wedding, weil diese überfüllt ist, die Gläubigen aber ihrer Pflicht zum Freitagsgebet nachkommen wollen.

# Kein Recht de luxe

Dürfen Muslime unter Berufung auf das Grundrecht der Religionsfreiheit den Bau von Moscheen verlangen, in denen andere Grundrechte - wie das auf Gleichberechtigung der Frau - missachtet werden? Bereits im Frühjahr 2007 hat der Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio in einem SPIEGEL-Interview (Nr. 13/2007) klargestellt, das Religionsprivileg sei "nur ein Grundrecht unter anderen": "Es ist kein Grundrecht de luxe. Es kann nicht andere Freiheiten und Rechte zur Seite drängen." Religionsfreiheit umfasst auch das (vom Islam verweigerte) Recht, aus einer Kirche ungestraft austreten zu dürfen.

misierung" wendet und deren Ratsherren mit der CDU paktieren. Mit ihrer Sorge, "dass bereits in 20 Jahren in Recklinghausen, wie in allen deutschen Großstädten, die Mehrheit der Einwohner bis 40 Jahren muslimisch sein wird", sehen sich die Islamgegner nicht allein. "In der Bevölkerung brodelt es in manchen Stadtteilen", sagt Ratsherr Georg Schliehe, "doch Politik, Behörden und Wissenschaft verdrängen das Problem."

Verstärkt worden ist die aufkeimende Anti-Moscheen-Stimmung zweifellos durch die islamistischen Mord- und Selbstmordanschläge, von denen auch europäische Städte heimgesucht wurden. Einige Muslime wie Imran Sagir, Vorstand eines Berliner Moscheebauträgers, können die Bürgerängste nachvollziehen: "Wenn man in den Nachrichten von Verbrechen erfährt, die im Namen des Islam verübt werden, dann will man keine Moschee in der Nachbarschaft."

Eine wichtige Ursache für die Zunahme des Unbehagens sieht der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Berliner Bischof Wolfgang Huber, in einer "offenbar großangelegten Initiative" islamischer Vereine, in möglichst vielen Orten auf möglichst demonstrative Weise Präsenz zu zeigen. Nicht weniger als 184 neue Gotteshäuser, teils mit Kuppel und Minarett, werden derzeit bundesweit gebaut oder geplant. Das sind deutlich mehr als jene 163 klassischen Moscheen, die bislang schon existieren (neben den rund 2600 zumeist in Profanbauten versteckten Gebetsräumen).

Und das alles scheint erst der Beginn eines europaweiten Moscheebau-Booms. Allein die islamische Außenseitergemeinschaft der Ahmadiyya, die "so etwas wie die Zeugen Jehovas unter den Muslimen" ("Die Zeit") sind, haben 1989 für Deutschland einen "100-Moscheen-Plan" aufgelegt, den sie zu 25 Prozent abgearbeitet haben.

Häufiger als früher versuchen Muslime, den Bau von Minaretten im orientalischen Stil durchzusetzen – und wecken damit, ob in Hannover oder im holsteinischen Nahe, im hessischen Hanau oder im württembergischen Weil der Stadt, Proteste von Bürgern. "Sobald das Fremde durch eine Moschee baulich zementiert wird, hagelt es Probleme", weiß der evangelische Islambeauftragte Christoph Dahling-Sander aus Hannover.

Es gibt Ausnahmefälle wie im schleswig-holsteinischen Rendsburg, wo die kühlen Norddeutschen den dortigen Großmoscheebau mehrheitlich akzeptieren. Doch in der Regel machen, wenn entsprechende Pläne publik werden, umgehend Nachbarn mobil, die Parkplatznöte, Wertminderung und Lärmbelästi-

gung fürchten – Ängste, die von Kommunalpolitikern der traditionellen Parteien häufig, politisch korrekt, heruntergespielt und dann von Initiativen nach Art der "Bürgerbewegung Pro Deutschland" umso heftiger geschürt werden.

"Wo ein solcher orientalischer Prunkbau mit Kuppel und Minarett erst einmal steht, wird als Nächstes bei den Behörden der Muezzin-Ruf beantragt", hieß es auf einer "Pro"-Website. Solche Visionen tragen dazu bei, dass Anwohner im Bau von Moscheen, wie der Gießener Politologieprofessor Claus Leggewie beobachtet hat, immer häufiger den Ausdruck einer "Art Landnahme" sehen.

Verstärkt wird dieser Eindruck allerdings nicht nur durch rechte Scharfmacher, sondern, so Leggewie, auch "durch unvorsichtige, bisweilen auch provokative Diktion der muslimischen Bauherren". Viele denken ähnlich wie der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan, dessen Wort aus dem Jahr 1997 den Moscheebau als Teil einer Islamisierungsstrategie erscheinen lässt: "Die Minarette sind unsere Lanzen, die Kuppeln unsere Helme, die Gläubigen unsere Armee."

Auch die Namen der neugebauten Moscheen stehen nicht gerade im Einklang mit der Beschwichtigungsparole "Islam ist Frieden". Nicht nur die Marburger Religionswissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann kritisiert, dass Moscheen "nach Kriegsherren wie dem Konstantinopel-Eroberer Fatih Sultan Mehmet" benannt werden. "Das kann eigentlich nur Programm sein", glaubt sie, "diese Muslime wollen hier nicht nur ihre Präsenz zeigen, sondern sie auch verfestigen und ausweiten."

Wortmeldungen wie die von Spuler-Stegemann ("Der Islam hat ein Gewaltproblem") zeigen, dass die Kritik an der Moscheebau-Offensive längst kein Exklusivthema dumpfer Fremdenfeinde mehr ist. Es sei verfehlt, mahnten die Integrationsbeauftragten der Länder bei einer gemeinsamen Tagung, Moscheekritiker pauschal als Rechtsextreme abzutun.

Beim Streit um den geplanten Bau in Köln-Ehrenfeld etwa sind die rechten "Pro"-Protestler längst an den Rand geraten. Übertönt wurde die Kritik

74 SPIEGEL SPECIAL 2 | 2008

der Außenseiter durch Stellungnahmen prominenter Linker und Liberaler wie des jüdischen Publizisten Ralph Giordano, der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer oder des Enthüllungsreporters Günter Wallraff. Zu solchen Kritikern gesellen sich zunehmend Vertreter der großen Kirchen. Denn der "verlogene Dialog" (SPIEGEL 51/2001) mit dem Islam, bei dem Kirchenmänner des lieben Friedens willen Skandalöses und Unerträgliches wie Christenverfolgung und Frauendiskriminierung, Terrortoleranz und Ehrenmorde schlicht ausgeklammert haben, ist Vergangenheit.

An die Stelle des "verharmlosenden Eiapopeia, dass wir letztlich alle "Kinder Abrahams" seien" (Leggewie), ist das Bemühen der Kirchen getreten, sich nicht in Scheingemeinsamkeiten mit dem Islam zu verstricken, sondern ein differenziertes Urteil zu finden – nicht zuletzt auch in Sachen Moscheebau.

Selbstverständlich, betonen evangelische wie katholische Kirche einhellig, stehe nicht nur ihnen selbst, sondern auch den über drei Millionen Muslimen in Deutschland der grundgesetzlich garantierte Bau von Gotteshäusern zu. Allerdings: Das Ja zur Moschee, so Bischof Huber auf der EKD-Herbstsynode 2007, schließe keineswegs eine kritische Auseinandersetzung über den Ort, die Größe und die Zahl muslimischer Sakralbauten aus.

Ort, Größe, Zahl – zumindest einer dieser Faktoren scheint bei einigen der 184 neuen Moscheebauprojekte falsch dimensioniert zu sein.

Beispiel Berlin: Dort forciert die gerade mal 200 Mitglieder starke örtliche Ahmadiyya-Gemeinde den Bau ihrer Moschee (Kosten: rund eine Million Euro) ausgerechnet im Vorort Heinersdorf im ehemaligen Ost-Bezirk Pankow, wo kaum ein Muslim auszumachen ist. Prompt kam es dort immer wieder zu überfüllten, teils tumultuarischen Protestveranstaltungen mit aufgebrachten Bürgern, die sich

von den Lokalpolitikern übergangen fühlten. Die Heinersdorfer skandierten "Moschee nee" oder, wie in Wendezeiten, "Wir sind das Volk" und forderten, ihr stiller Ort dürfe "kein zweites Kreuzberg" werden. "Warum", so einer der Sprecher unter Beifall, "warum baut man in einem Viertel, in dem kein Muslim wohnt, eine Moschee?"

Beispiel Köln: Der türkische Staatsableger Ditib plant den Bau der "größten Moschee Europas", ausgelegt für Tausende von Besuchern, just im überlasteten Stadtteil Ehrenfeld, wo es schon heute an Parkraum mangelt. In Köln hat sich der Bürgerzorn allerdings nicht nur an der Standortwahl entzündet, sondern auch am Gigantismus des 22 000-Quadratmeter-Projekts, dessen Minarette mit 55 Metern so hoch sein sollen wie ein 18-geschossiger Büroturm. Der voluminöse Bau im osmanischen Stil, urteilt der Schriftsteller Dieter Wellershoff, erscheine "manchen Bewohnern so fremdartig und imaginär wie ein dort plötzlich gelandetes Objekt aus einer anderen Welt".

Beispiel Frankfurt am Main: Im dörflichen Stadtteil Hausen, wo bereits zwei Moscheen existieren, will ein 300 Mitglieder starker Verein für drei Millionen Euro nun ein drittes islamisches Gemeindezentrum im Umkreis von 400 Metern errichten – zum Verdruss von Bürgern, die befürchten, die Massierung von Moscheen werde dazu beitragen, dass ihr Stadtteil "kippt". Typische Äußerung in Protestversammlungen: "Man fühlt sich hier nicht mehr zu Hause, wenn noch mehr hierherkommen."

Der Unmut der Moscheegegner, die weit über 1000 Unterschriften gesammelt haben, schwoll noch an, als ihnen die integrationspolitische Sprecherin der Frankfurter Grünen, Nargess Eskandari-Grünberg, zurief, die Mainmetropole habe nun einmal einen Migrantenanteil von 40 Prozent, und: "Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hingehen."

Verständnis fanden die einheimischen Kritiker immerhin bei der evangelischen Kirche, deren hessischer Spitzenmann Peter Steinacker die Äußerung der Grünen als "stillos" verurteilte. Auch für Steinacker, der persönlich keine Einwände gegen den Bau hat, ist es eine "Frage der politischen Klugheit, ob in einem Stadtteil wie Hausen eine dritte Moschee gebaut werden soll".

Die Zuspitzung solcher Konflikte folgt häufig dem gleichen Muster. Beeindruckt von dem Argument, die in der Verfassung verankerte Religionsfreiheit gebiete die Zulassung jedweden Moscheeprojekts, ar"Wenn man von Verbrechen im Namen des Islam erfährt, will man keine Moschee in der Nachbarschaft."

### **ISLAMGEGNER**

Mitglieder der extrem rechten Bürgerinitiative "Pro Köln" demonstrieren gegen den Bau einer Großmoschee in Köln-Ehrenfeld.



SPIEGEL SPECIAL 2 | 2008 75

# TUMULT IM SAAL Nicht nur in Köln-Ehrenfeld kommt es zu tumultartigen

kommt es zu tumultartigen Szenen, wenn Bürger gegen Moscheebau-Pläne in ihrer Nachbarschaft protestieren.



# Weltbild und Seelenheil

"Keimzellen einer Gegengesellschaft" sieht die Soziologin Necla Kelek in vielen deutschen Moscheen, weil sie sich keineswegs nur um das Seelenheil der Gläubigen bemühen, sondern ihnen vor allem ein Weltbild vermitteln, das einer Integration entgegensteht: "Dort üben schon Kinder die Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft, dort lernen sie. die Gesellschaft in Gläubige und Ungläubige zu unterscheiden, dass Frauen den Männern zu dienen haben, dass Deutsche unrein sind, weil sie Schweinefleisch essen und nicht beschnitten sind."

rangieren sich die Stadtverwalter gern frühzeitig hinter verschlossenen Türen mit den Bauherren und machen ihnen umfassende Zusagen.

Bei dieser "paternalistischen Strategie", so Politologe Leggewie, neigten die Kommunalverwaltungen dazu, sich "das Ansinnen eines Moscheevereins zu eigen" zu machen und die Öffentlichkeit nur "spät und spärlich" zu informieren. Weil auch die Muslime "oft nicht die gebotene Offenheit" an den Tag legten, fühlen sich die Bürger beim Bekanntwerden der bisweilen monströsen Projekte vor vollendete Tatsachen gestellt und für dumm verkauft.

Häufig werden erst dann, wenn der lokale Konflikt schon Züge eines Kulturkampfes annimmt, jene

grundsätzlichen Fragen erörtert, die von der Bauverwaltung zuvor ausgespart worden waren – etwa wie es der Trägerverein mit dem Terrorismus und den Frauenrechten hält, ob das Projekt auf Integration oder Abschottung zielt, ob jedwede bauliche Maximalforderung tatsächlich von der grundgesetzlichen Bekenntnisfreiheit abgedeckt ist.

Häufig wird erst in dieser Phase von Lokalpresse und Lokalpolitikern thematisiert, dass sich die geplanten Großmoscheen von den Sakralbauten der Christen und der Juden unterscheiden. "Ob eine Moschee überhaupt als Gotteshaus bezeichnet werden kann", weiß die Orientalistin Spuler-Stegemann, "ist selbst innerhalb des Islam umstritten."

Moscheen, urteilt der Islamexperte Leggewie, seien "definitiv keine Kirchen", sondern vielmehr Multifunktionshäuser - so wie der Islam "nicht einfach nur eine Religion" sei, wie der Grünen-Politiker und langjährige Frankfurter Multikultur-Dezernent Daniel Cohn-Bendit betont, sondern "ebenso eine theokratische Vision", in der Politik und Glaube untrennbar verbunden und "Demokratie und Menschenrechte nachgeordnete und zur Disposition stehende Werte" sind. Die islamischen Vereine seien keine anerkannten Religionsgemeinschaften, betont auch die türkischstämmige Soziologin und Frauenrechtlerin Necla Kelek, die Erteilung einer Baugenehmigung für Moscheen "keine Frage der Glaubensfreiheit, sondern eine politische Frage": "Bauund Vereinsrecht sind da überfordert."

Wie wenig manche Moscheezentren mit Kirchen vergleichbar sind, zeigen etwa die ursprünglichen Pläne für den Kölner Bau, in dem nur ein Fünftel der 22 000 Quadratmeter dem Gebet dienen sollte. Die restliche Fläche, so ein türkischsprachiger Spendenaufruf, war vorgesehen für TV-Studio und Apotheke, Arzt- und Anwaltspraxen, Bäckerei und Friseursalon, Supermarkt und Bankfiliale, Kindergarten und Bibliothek, Restaurant und Juweliergeschäft; erst aufgrund der Proteste wurde die Geschossfläche jüngst etwas reduziert.

Großmoscheen nach Kölner Art bieten unter ihrem Dach oder in unmittelbarer Nähe oft zudem Koranschulen und Kickbox-Studios, Computer- und Fernsehräume, Reisebüros und Beerdigungsinstitute – "eben alles", so Kelek, "was ein Muslim außerhalb seiner Wohnung braucht, wenn er nicht nur beten, sondern auch nichts mit der deutschen Gesellschaft zu tun haben will". Moscheen seien "Keimzellen einer Gegengesellschaft" und geradezu ein "Hindernis für die Integration".

So wie die Ditib-Strategen in Köln unter Berufung auf das Religionsprivileg in Wahrheit ein Gewerbegebiet mit eingebetteter Gebetsmöglichkeit beanspruchen, wollten Muslime auch in Berlin-Neukölln ein gewaltiges Kommerz- und Kulturzentrum bauen, das, wie die "Frankfurter Allgemeine" erkannte, ebenfalls nur "der Form halber Moschee genannt wurde".

Der Plan scheiterte allerdings am Widerstand der Vizebürgermeisterin und Stadträtin des Bezirks, Stefanie Vogelsang. Das Problembewusstsein der Christdemokratin war durch einen Konflikt geschärft worden, den sie einige Jahre zuvor mit der Ditib ausgetragen hatte, die sich beim Bau einer Moschee am Columbiadamm bewusst über behördliche Auflagen hinweggesetzt hatte.

Am Ende stachen die beiden Minarette 37 Meter statt der genehmigten 28 Meter hoch in die Berliner Luft, und die Kuppel maß rund 22 statt der erlaubten 18 Meter – für Vogelsang Anlass, den Muslimen das höchste Bußgeld aufzubrummen, das je in ihrem Bezirk verhängt worden war: 100 000 Euro. "Wer hier lebt, wer hier baut, muss sich an unsere Gesetze halten", stellte die Politikerin klar.

Die Presse lobte die "Stadträtin, die sich nicht auf der Nase herumtanzen lässt" ("Berliner Kurier"), die Muslime indes zeigten wenig Einsicht. Die illegal errichteten Minarette hätten ruhig "noch ein bisschen größer" sein dürfen, vernahm ein Reporter im Gotteshaus. Ein anderer Gläubiger motzte, "jede Moschee in der Türkei" sei größer: "Die lachen sich ja kaputt über uns."

Solche Reaktionen verstärken bei Kritikern wie Spuler-Stegemann den Eindruck, manchem Bauverein gehe es bei der Dimensionierung seiner Vorhaben vor allem um Machtdemonstration und um die Schaffung islamischer Enklaven: "Wo der Minarettruf zu hören ist, da ist aus bestimmter muslimischer Sicht islamisches Terrain."

Die Neuköllner Stadträtin Vogelsang zeigte sich aufgrund ihrer Erfahrungen am Columbiadamm fest entschlossen, sich "nicht ständig austricksen zu lassen" und nicht hinzunehmen, dass Muslime weiterhin massiv gegen das Baurecht verstoßen. So blockierte sie mit Erfolg das Vorhaben eines Vereins namens "Inssan", in Neukölln – wo bereits 15 offizielle Moscheen und 31 weitere Gebetsräume existierten – ein gewaltiges Moscheezentrum zu bauen, weil es gegen "alle Vorgaben aus dem Bebauungsplan" verstieß.

Der 8000-Quadratmeter-Komplex sollte in einem reinen Wohngebiet ohne Busanbindung und Parkplätze, in der Nähe der durch Schülergewalt bekannt gewordenen Rütli-Schule, hochgezogen werden - auf einem 73 Meter statt, wie vorgeschrieben, 13 Meter breiten Streifen entlang der Straße und mit einer gegenüber dem Zulässigen um 40 Prozent überhöhten Nutzfläche.

Obskur erschien der Politikerin auch die Finanzierung. Nachdem die muslimischen Bauherren dem Bezirksamt zunächst "fast rotzig" Auskünfte über ihre Geldquellen verweigert hatten, erfuhr Vogelsang schließlich aus der Senatsverwaltung für Inneres, dass hinter dem Projekt "saudische und andere arabische Stiftungen" stünden - deren Heimatländer auf der Weltskala der Religionsfreiheit auf den allerletzten Plätzen rangieren.

Den Baugrund gekauft hatte Ibrahim el-Zayat, ein Vertreter der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland, die laut Verfassungsschutz Kontakte unter

anderem zur radikalen Muslimbruderschaft unterhält. Beteuerungen des Inssan-Vereins, mit den Geldgaben aus dem Orient seien keine Auflagen verknüpft, mag die Stadträtin keinen Glauben schenken: "Nennen Sie mir irgendjemanden, der mir 15 bis 20 Millionen schenkt und dafür keine Bedingungen an mich hat."

Während sich die CDU-Frau Vogelsang glücklich schätzt, "dass es baurechtliche Gründe gab, die Moschee in Neukölln abzulehnen", setzt der Inssan-Verein auf eine geänderte Strategie: Jetzt soll das Moscheezentrum in einem Charlottenburger Gewerbegebiet entstehen, statt wie in Neukölln geplant in einem "Allgemeinen Wohngebiet", in dem zwar Kirchen, aber keine Begegnungsstätten dieser Größenordnung zulässig sind.

Zugleich zeigt sich der Trägerverein betont moderat, veranstaltet PR-Schulungen für seine Mitglieder kritisiert Zwangsehen und startet Blutspen-

Zugleich zeigt sich der Trägerverein betont moderat, veranstaltet PR-Schulungen für seine Mitglieder, kritisiert Zwangsehen und startet Blutspende- und Umweltaktionen – in den Augen eingefleischter Gegner weniger Anzeichen einer Liberalisierung als vielmehr Täuschungsaktionen, die von den dubiosen Geldgebern und den islamistischen Hintermännern ablenken sollen.

MÜSSEN TÜRME SEIN? Anders als etwa in Essen-Katernberg sind Moscheenbauer mancherorts bereit, auf Minarette zu verzichten.





KLEINER NACH PROTESTEN
Die Bauherren der umstrittenen Moschee in KölnEhrenfeld haben auf die
Bürgerproteste mit einer
Verringerung der Geschossfläche reagiert, an der ursprünglichen Minaretthöhe
aber festgehalten.

"Um sich bei der Berliner Elite einzuschmeicheln, trifft man sich mit Mitgliedern der Dialogindustrie und veranstaltet politisch korrekte Veranstaltungen", argwöhnt der in Berlin lebende US-Autor, Pulitzer-Preisträger und Islam-Experte Ian Johnson.

Statt den Anliegen mit offenen Karten entge-

Statt den Anliegern mit offenen Karten entgegenzutreten, setze der Verein auf einen Deal mit "der üblichen Clique von Politikern und Ausländerbeauftragen", um dann "der Nachbarschaft eine Moschee vor die Nase" zu setzen. Dieses Vorgehen aber berge die Gefahr, dass die Bürger "aus Mangel an einem demokratischen Ventil" in die Arme von Rechtspopulisten getrieben würden, die das Bauprojekt "aus nationalistischen oder rassistischen Gründen ablehnen".

Generell scheint allerdings, wie Umfrageergebnisse nahelegen, in deutschen Großstädten die Ansicht zu überwiegen, dass Muslimen ein Recht auf Gebetshäuser auch außerhalb der Hinterhöfe zusteht – sofern die Vorhaben sich ins Baurecht und ins Umfeld fügen. Zugleich zeichnet sich jedoch eine Mehrheit für die Position des Publizisten Giordano ab, es gebe "kein Grundrecht auf den Bau einer Großmoschee", zumal wenn sie das Stadtbild sprengt – gefunden werden müssten Kompromisse "zwischen Hinterhof und zentraler Großmoschee" (Giordano).

Gegen jeglichen Moscheebau wendet sich nur eine Minderheit. Dazu zählen nicht nur unmittelbar betroffene Anwohner und unbelehrbare Fremdenfeinde, sondern, bemerkenswerterweise, auch Islamkundige aus der muslimischen Welt. Es gebe "mehr als genug Moscheen in Deutschland", sagt etwa die Dissidentin Mina Ahadi, Mitbegründerin des Zentralrats der Ex-Muslime, die unter Polizeischutz steht, seit sie dem Islam öffentlich abgeschworen hat – nach radikaler Auslegung der Scharia ein todeswürdiger Hochverrat (siehe Seite 104).

"Wenn eine Moschee gebaut wird, werden die Frauen noch mehr unter Druck gesetzt, und noch mehr Kinder müssen mit Kopftuch in die Schule gehen und werden isoliert", so Ahadi. Deutschen Politikern wirft sie "grenzenlose Naivität" im Umgang mit den islamischen Verbänden vor, die "im Endeffekt die Scharia durchsetzen" wollten.

Unter jenen Kommunalpolitikern, die keine generellen Einwände gegen Moscheebauten haben, wächst unterdessen die Bereitschaft, sich über die

Ambitionen der Bauherren und ihrer Geldgeber besser als bislang zu informieren. Das aber ist nicht immer einfach angesichts der Unübersichtlichkeit der zerklüfteten Szene und der zumeist fremdsprachigen Predigten der Imame. Überdies sind einige der Strategen erfahren darin, grundgesetzwidrige Absichten mit jener Methode zu verschleiern, die der Verfassungsschutz "Legalitätstaktik" nennt.

Misstrauen weckt sogar die noch vergleichsweise gemäßigte Ditib, langer Arm der Religionsbehörde der laizistischen Türkei, die hinter der Kölner Großmoschee steht. "Was wird eigentlich, wenn sich die befürchtete Islamisierung in der Türkei fortsetzt", fragen Kölner in Protestveranstaltungen: "Wird das durch Ditib hierher übertragen?"

Der Kölner Kardinal Joachim Meisner warnt bereits vor Territorien, "auf denen sich die Scharia in unseren Graden immer mehr entfaltet". Die Mahnung mag, bezogen auf Ditib, verfrüht oder falsch sein. Allerdings steht die aus Ankara ferngesteuerte Agentur in dem Ruf, eher auf die Bewahrung des Türkentums der Zugewanderten bedacht zu sein als auf deren Integration.

Unbehagen weckt auch das Weltbild der Ahmadis, die derzeit in Berlin-Pankow eine ihrer geplanten 100 Moscheen bauen wollen. Hin und wieder dringt durch die Mauern der Moscheen, dass mancher Vordenker nicht nur Frauen oder Juden, sondern auch Homosexuelle für Menschen zweiter Klasse hält. Auf einer Ahmadiyya-Website war 2007 zu lesen, der "zunehmende Hang zur Homosexualität" sei auf den Verzehr von Schweinefleisch zurückzuführen.

Breiter Bürgerprotest gegen Ahmadiyya hat im hessischen Luftkurort Schlüchtern dazu beigetragen, dass die Stadt durch Änderung ihres Bebauungsplans eine geplante Minarettmoschee verhindert hat. Auch anderswo neigen Kommunalpolitiker mehr und mehr dazu, zweifelhafte Projekte fragwürdiger Bauträger mit Hilfe des Planungsrechts zurechtzustutzen oder zu verhindern.

So lehnte Bonn den Bau eines Kulturzentrums mit Minaretten mit der Begründung ab, das Vorhaben würde die "unbestritten vorhandene Ghettobildung" in einem muslimisch geprägten Viertel noch verstärken. In München wandte sich die Regierung gegen ein Moscheeprojekt, das mit "überproportio-

# Deutsch predigen

Die Forderung, Imame sollten Deutsch predigen, teilen auch Muslime wie Abdelkader Rafoud, Vorsitzender des Offenbacher Ausländerbeirats. Oft wird sonst der Inhalt von Hetzreden nur zufällig bekannt - wie im Fall des Imams Mohammed al-Fasasi, dessen Hasstiraden in der Hamburger al-Kuds-Moschee videografiert, übersetzt und von Filmemacher Romuald Karmakar ("Hamburger Lektionen") dokumentiert worden sind. Fasasis Kernthese: Das Verbot, zu morden und zu stehlen, schütze nicht die Ungläubigen. Auch deren Frauen und Kinder seien "halal" - antastbar.

SPIEGEL SPECIAL 2 | 2008



nierter Baumasse" einen Platz mit denkmalgeschützter Gebäudekulisse beinträchtigen würde. In Köln-Mülheim will die Stadt den Moscheebau zweier Vereine mit Milli-Görüş-Kontakten stoppen.

Zwar sieht es auch der Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs als "Problem" an, wenn "politische Fragen über das Baurecht geregelt werden". Dennoch ist Stadtdirektor Guido Kahlen überzeugt: "In den Fällen, wo wir einen Ermessensspielraum haben, müssen wir den auch nutzen."

Weil solche Haltung anderswo Schule zu machen scheint, zeigen sich Bauherren zunehmend bereit, bei ihren Projekten auf die Muezzin-Türme zu verzichten, die von der Umwelt weniger als Symbol der Integration denn als Machtdemonstration verstanden werden. Zu Moscheen ohne die klassischen Siegestürme rät, nicht zuletzt aus Gründen der Opportunität, auch Experte Leggewie. Denn es müsse "mit größeren Widerständen gerechnet werden, sobald eine Moschee durch ihre 'fremde' Form vom ortsüblichen Stadtbild abweicht, was häufig aufwendigere Genehmigungsprozeduren erfordert".

Im Übrigen, so Leggewie: "Der traditionelle Stil unterstreicht, auch ungewollt, die Ausrichtung der Muslime auf die islamischen Kerngebiete und ihre Herkunftsländer." Und schließlich sei die überkommene orientalische Form der Moschee mit Minarett "keineswegs zwingend".

In der Tat kommt beispielsweise die 1989 gebaute Moschee des türkischen Parlaments in Ankara ohne Türme aus. Und eine im Osten Londons geplante "Moschee der Zukunft" für 70 000 Gläubige ist als Hightech-Bauwerk mit Glasdach statt Kuppel und mit Windturbinen statt Minaretten konzipiert.

Für Offenbach hat die Ahmadiyya-Architektin Mubashra Ilyas ein schlichtes Gotteshaus "mit Bauhauselementen" und einem symbolischen Minarett entworfen, das Straßenpassanten nur aus einem ganz bestimmten Winkel sehen können, "weil es so für die deutschstämmigen Anlieger sicher leichter ist, damit zu leben" (Ilyas).

Für den Ruf des Muezzin werden Minarette ohnehin nicht mehr benötigt. Ein Gebetsrufer, gab Fazlur Rehman Anwar von der Ahmadiyya-Moschee in Hamburg-Eimsbüttel Reportern zu Protokoll, sei überflüssig: "Es gibt doch Uhren."

Wo muslimische Bauherren mit morgenländischen Geldgebern hingegen auf Protz- und Prunkbauten nach orientalischem Muster mit gigantischen Mehrzweckzentren beharren, gehen sie ein hohes politisches Risiko ein: Sie laufen Gefahr, dass die bereits schwelende Diskussion über die Religionsfreiheit in den Herkunftsländern ihrer Bauspendengelder aufflammt, wo Christen teils blutig verfolgt und Kirchenbauten verhindert werden.

Evangelische wie katholische Kirchenmänner betonen zwar weiterhin, sie machten ihre Zustimmung zum Moscheebau in Deutschland keineswegs davon abhängig, dass in der islamischen Welt im Gegenzug christliche Kirchen gebaut werden dürfen. Dennoch lassen auch sie erkennen, dass sie den Status quo nicht auf Dauer akzeptieren können.

Während der evangelische Bischof Huber das "uneingeschränkte Recht von Muslimen zum Religionswechsel" einfordert, hat sein katholischer Kollege Meisner an die Moscheebauer von der Ditib die Bitte gerichtet, "ein Projekt in der Türkei zu unterstützen". Meisner: "Der Papst hat 2008 zum Paulus-Jahr erklärt. Wir feiern damit den 2000. Geburtstag

des Apostels Paulus. Aber an dessen Geburtsort in Tarsus besitzen wir Christen nichts ... Setzen Sie sich doch mit dafür ein, dass wir dort ein Pilgerzentrum und eine kleine Kirche bauen dürfen ... Das würde hier in Köln zum Ausgleich beitragen."

Weniger elegant als der Kardinal – dessen Vorstoß

allerdings kein Erfolg beschieden war – kommen Vertreter der Christenunion zur Sache. Während CSU-Vertreter sich mit der Forderung begnügen, Minarette dürften Kirchtürme nicht überragen, fasste die CDU von Castrop-Rauxel jüngst einen ungleich radikaleren Beschluss zum Thema.

Moscheebauten, so die Christdemokraten, seien selbstverständlich zu genehmigen, ihr Flächenverbrauch aber müsse strikt begrenzt werden: "Es wird angeregt, die Maßstäbe anzulegen, die für den Neubau christlicher Sakralbauten in der Türkei gelten."

Jochen Bölsche

# MEHRZWECKZENTRUM

Moscheen sind mehr als nur Gebetsstätten. Die meisten dienen auch als Kultur- und Gewerbezentrum.



### LATRINEN-PAROLE

Auch in der Toilette des Versammlungssaals in Berlin-Heinersdorf haben Moscheegegner ihre Forderung hinterlassen.

SPIEGEL SPECIAL 2 | 2008